

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementpreis für den Monat frei Haus 2 RM (halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühren) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Breitenhofstr. 2 / Fernsprechnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel-Str. 1 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Mittwoch, den 13. Oktober 1926 Nummer 228

Kleiner Belagerungszustand in Sachsen!

Der billige Jakob

Bemerkungen zum Wahlauftrag der SPD
Von Paul Böttcher.

Die Sozialdemokratie hat alle Kräfte eingesetzt, um volkfeindliche Anschläge abzuwehren und die geistige und wirtschaftliche Not der Massen zu lindern. (Auftrag der SPD zu den Landtagswahlen in Sachsen 1926.)

I.
Die sozialdemokratische Presse Sachsens veröffentlicht am 1. Oktober den Wahlauftrag des Landesparlamentarischen Ausschusses der SPD. Das Dokument ist konjunkturpolitisch billiger als die meisten anderen sozialdemokratischen Schand-, Schleudersätze aus der Feder des billigen Jakobs, als „Sozialismus“ zu feilen. Man will die Ware ausgiebigen, „Mancher fällt rein und raus“. Dann steht er zu seinem Entsetzen, wie der Ausschreiber schamlos den Preis für den Sozialismus in die Höhe treibt. Die Arbeiterklasse muß sich vor den Betrügern scheuen. Deshalb soll an einigen Beispielen nachgewiesen werden, wie es um die Qualität der sozialdemokratischen Ware bestellt ist.

Der Auftrag der SPD spiegelt in klassischer Weise die politische Heterogenität, Zerlegung und den Opportunismus der sozialdemokratischen Führertruppe Sachsens wider. Die linken Führer bleiben sich selbst treu. Dort, wo Licht und Klarheit sein muß, verdundelt sie, wo das Klassenbewußtsein des Proletariats unerklärliche Verhärtung und Zustimmung verlangt, dort blögen sie ab und verschleiern. Dumm ist die SPD in dem Auftrag ihre Stellung zur Koalitionspolitik. Die Frage ist unklar. Deshalb wird die Antwort vorläufig unterzogen. Es geht nicht in die Wahlkampagne. Verschleiert wird die Schuld des sozialdemokratischen Parteivorstandes an der Reichswehrkrisis. Die Vertreter der Rechten stießen nach der Reichswehrkrisis, sagt der SPD-Auftrag, richtig. Aber wer ist die Reichswehr nach Sachsen? Ebert, Solmann, Schmidt, Weis, Dittmann! Warum sagen die linken Führer das nicht in ihrem Auftrag? Weil sie dann gewungen wären, vor der Arbeiterklasse zu bekennen, daß durch die Verschuldung des sozialdemokratischen Parteivorstandes die Reaktion den Fortschritt in Sachsen verhindert. Es ist aber die Aufgabe der linken Führer der Sozialdemokratie, die Autorität des Parteivorstandes zu stärken. Diese Aufgabe sieht jedoch in unflöhen Widerspruch zur geschichtlichen Wahrheit. Um dem Parteivorstand zu dienen, wird das Proletariat belogen und betrogen.

II.
„Es lebe der Sozialismus!“
„Es lebe das sozialistische Sachsen!“

Das ist die Lösung der SPD im Wahlkampf. Die linkssozialdemokratische Presse pflegt in radikalen Anwendungen zu behaupten, daß der Sozialismus nicht parlamentarisch zu erkämpfen sei. Wir wollen in diesem Auftrag nicht die Grundfragen der proletarischen Strategie und Taktik im Kampfe um den Sozialismus aufrollen. Wir fragen nur: Was haben die sozialdemokratischen Führer Sachsens zur Stärkung der außerparlamentarischen Kampfkraft der Arbeiterklasse getan? Sie haben nicht nur nichts getan, sondern sind, getreu ihrer Rolle im Parlament, den Arbeitern bei jeder Aktion in den Rücken gefallen. Der Oktober 1923 zeigte viele Beispiele an einem historischen Beispiel: die Reichswehrkrisis. Und nach dem Oktober? In den Jahren der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die sächsische Koalitionsregierung haben die linken Führer jede Teilnahme am außerparlamentarischen Kampf gegen die Helldarstellung angelehnt. Die proletarische Einheitsfront bei den Wahlangelegenheiten wurde von den sozialdemokratischen Führern total verweigert. Dabei weiß jeder Arbeiter, daß seit Jahrzehnten die Arbeiterklasse in Sachsen die sich spontan aus den Reihen herausbildenden Einheitskomitees bekämpft, und wo sie nicht unter dem Druck der eigenen Anhänger anerkannt wurden, deren Arbeit sabotiert. Was tun die linken Führer jetzt angesichts des Abstufungsantrags im Preussischen Landtag?

Die unerbittlichen Aufforderungen der Kommunisten zur Durchführung außerparlamentarischer Aktionen zur Erzwingung der Wahlgewinnung wurden von den linken Führern mit kläglichen Ausreden beantwortet. Den Vorstoß der KPD auf Verhinderung eines Volksentscheides zur Landtagsauflösung im Herbst dieses Jahres lehnte die SPD unter den jüdisch-juden Vorwänden ab. Die Koalitionsregierung hat diese Stellung der SPD in ihrem Sinne ausgenutzt und als Antwort ihrerseits den rassistischen Kurs der Helldarstellung-Politik verstärkt. Bei der Durchführung eines Volksbegehrens zur Landtagsauflösung hätte der Wahlkampf ein völlig anderes Gesicht. Die Arbeiterklasse hätte überall in der Offensive und brauchte sich nicht gegen die Bürgerblut-Offensive zu verteidigen!

In der Erwerbslosenfrage haben sich die linken Führer auf sozialdemokratische Manöver im Landtage beschränkt. Manöver, die der Bourgeoisie nicht die Hand gestreckt haben. Mit Schimpf und Spott wurden die linken Führer von ihren Genossen in der SPD belächelt. Bitterer Saft wurde von den kapitalistischen

Landtagswahlen unter dem Polizeinüppel!

Parteien und Presse zum Polizeirapport

Auf Betreiben des sächsischen Innenministers Max Müller hatten gestern die sächsischen Polizeipräsidenten die Vertreter der politischen Parteien und der Presse zu Besprechungen der anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen von der Polizei getroffenen Maßnahmen geladen. Noch einmal entpuppte sich der Innenminister der Helldarstellung als der getreue Polizeihüter der sächsischen Reaktionskräfte. Der Dresdner Polizeipräsident Kühn, der in der Handhabung des Polizeinüppels seinen Parteifreund Müller noch zu übertreffen bestrebt ist, verständete gestern vor den Vertretern der politischen Parteien und der Dresdner Presse das Programm des Wahlzerrers gegen die Arbeiter. Rücksichtslos und brutal konnte auch unter dem monarchistischen Regime nicht gegen die Arbeiter vorgegangen werden, als wie es gestern Herr Kühn für den kommenden Wahlkampf in Aussicht stellte. Umgeben von einem gewaltigen Stab seiner Polizeioffiziere beachtete er, wie die Polizei denkt, die „verfassungsmäßigen Rechte“ der republikanischen Staatsbürger zu „schützen“, „Ruhe und Ordnung“ wahren aufrechterhalten werden. Da zu erwarten sei, daß der Wahlkampf mit besonderer Heftigkeit geführt wird, werde das Polizeipräsidium den „Schutz“ der Wahlversammlungen anordnen, der unter allen Umständen und mit allen Mitteln auch dann durchgeführt werde, wenn er nicht angefordert sei.

Das Polizeipräsidium sei nicht in der Lage, der Auffassung jener Leute Rechnung zu tragen, daß die Polizei bereits durch ihr Erscheinen bei Versammlungen aufreizend wirke. Der Bürger müsse sich an das Erscheinen der Polizei und an ihren „Schutz“ gewöhnen! Die Polizei sei zu seinem „Schutz“ da, je nach der Stimmung und dem Verlauf der Versammlung werde sich die Polizei vorbehalten.

das Servieren von Speisen und Getränken zu unterlagen und die Sperrung der Tribünen zu verfügen.

Für Wahlkampfe bleiben selbstverständlich die jetzt schon für Demonstrationen verbotenen Straßen und Plätze gesperrt. Eine etwaige Ueberstreichung der Bannmeile durch Demonstrationen werde mit allen Mitteln verhindert.

Für jede Demonstration, die nicht mit sich führt, ist dem Polizeipräsidium ein verantwortlicher Leiter zu benennen, der dem Polizeipräsidium gegenüber verantwortlich ist. Herr Kühn begründete dies unerschütterlich mit dem Hinweis, daß das früher schon so gewesen sei und auch heute so gehandhabt werden müsse. Was also unter Wilhelm und August war, wird unter Max Müller und Kühn jetzt fortgesetzt, und der Dresdner Polizeipräsident verlangte, daß den Anweisungen der Polizei auf jeden Fall Folge zu leisten sei. Die Beamten seien angewiesen, mit aller Energie und Schärfe vorzugehen.

Bei Demonstrationen sei das Mitführen von Plakaten, Transparenten und sonstigen Dingen die die Staatseinrichtungen verächtlich machen oder die Gefühle Andersdenkender verletzen, verboten.

Mit diesen Anweisungen wird der Willkür der reaktionären Polizeioffiziere Tür und Tor geöffnet. Die Reaktionen der Berliner Polizei, die infolge einer ähnlichen Anweisung Organisationsleiter der Arbeiterdemonstrationen niederknüppelte und gegen die Arbeiter in der brutalsten Weise vorging, lassen Herrn Kühn nicht schlafen. Der Polizeierlach des Berliner Polizeipräsidenten soll nunmehr auch in Dresden wirksam werden.

Öffentliche Sammlungen und Schichtenvertrieb ist verboten und wird von der Polizei unterdrückt. Das Anfeuern von Plakaten, Flugblättern und Handzetteln,

insoweit es nicht an den Ausschlagpunkten erfolgt, ist verboten. In den Nachtstunden werden feste Patrouillen in Uniform und Zivil die Straßen durchziehen. Zuwiderhandlungen werden pfeifert und nach dem Polizeipräsidium gemeldet. Nach die Versammlungen unter freiem Himmel werden unter allen Umständen und mit allen Mitteln „geschützt“. Bei Propagandafahrten mit Kraftwagen wird die Polizei Durchsuchungen nach Waffen und Stöcken vornehmen. Die Störung von Umzügen Andersdenkender wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterdrückt. Im Zuwiderhandlungsfalle oder bei der Verletzung der Gefühle Andersdenkender werde schärfstes durchgegriffen. In jedem Falle erfolge Anzeige bei der Staatsgewalt. Geldstrafen sind dabei ausgeschlossen. Die Beamten sind angewiesen, mit aller Bestimmtheit aufzutreten und sich auf irgendwelche Verhandlungen nicht einzulassen.

Das ist das Programm brutaler Polizeivillkür, das den „alten“ Sozialdemokrat Kühn gestern vor den Vertretern der politischen Parteien entwickelte. Alle Vorbereitungen sind bereits getroffen. Die Beamten haben ihre Anweisungen erhalten.

Treffend charakterisierte der Vertreter der Kommunistischen Partei, Genosse Schrapel, diese angebliche Besprechung als den Rapport der Vertreter der Parteien und der Presse vor dem Polizeigewaltigen. Auf die Frage des sozialdemokratischen Parteisekretärs Sander, welche Stelle darüber entscheide, ob eine Verletzung der Gefühle Andersdenkender vorliege, antwortete Kühn mit aller Brutalität lutz und blutig: „Der jeweils einschreitende Beamte“.

Der Polizeierlach wird also regieren. Darüber gibt es keinen Zweifel. Jedes zweite Wort aus dem Munde des Renegaten Kühn kündigte den Willen zum brutalen Polizeierlass an: „Ich habe angewiesen“, „es muß darauf gebrungen werden“, „es wird mit aller Schärfe und Bestimmtheit eingeschritten“, „mit allen Mitteln durchgeföhrt“, „unter allen Umständen unterdrückt“. So demonstrierte die herrschende Klasse durch ihre „alten“ Helfershelfer das Wesen und den Charakter der „demokratischen Republik“. Die Reaktionen aller Schichtungen können zufrieden sein. Max Müller und Kühn sorgten für „Ruhe und Ordnung“, und die KPD, die bisher zu jeder Schandtat gegen die Arbeiter bereit war, erweist sich mit ihren Leuten auch in diesem Falle als die beste Hülfstruppe der Reaktion. Herr Kühn ist einer ihrer besten Leute. Mit den Kooptationsmethoden Max Müllers und den Polizeimagnahmen Kühns soll das rote Arbeiter-Sachsen verhindert werden. Kühns Anweisungen an die Polizei, die gestern der Presse und den Parteivertretern bekanntgegeben wurden, sind die brutale Beschränkung der Wahlpropaganda, die sich einzig und allein gegen die Arbeiterparteien ausrichten wird.

Jetzt erst recht gilt es für die Arbeiter, alle Kräfte zu mobilisieren. Die Absichten der sächsischen Reaktionskräfte und ihrer allsozialdemokratischen Helfershelfer, mit dem kleinen Belagerungszustand einen den industriellen Nachbarn mißgünstigen Landtag, eine Mehrheit von Bürgerlichen und Altkonservativen zustande zu bringen, dürfen nicht gelingen. Der Schandtreiber Max Müller und Kühn muß für die Arbeiter trotz des Polizeierlasses die Verantwortung sein. Die Rolle der offenen Verräter zu brandmarken und den linken sozialdemokratischen Führern die Maske vom Gesicht zu reißen. Die Antwort der Arbeiter gegen diese brutale Unterdrückungsmethode muß sein: Gemeinamer Kampf mit den Kommunisten für ein rotes Arbeiter-Sachsen!

Parteien über die Helldarstellung der 50-Millionen-Anträge ausgeführt. Wo haben die linken Führer auch nur eine Massen demonstration zur Unterstützung ihrer parlamentarischen Erwerbslosenmandate durchgeführt? Nicht eine einzige in ganz Sachsen. Erwerbslosenkommissionen wurden entweder von den Herren Abgeordneten und Parlamentariern gar nicht empfangen, oder mit nichtigsten Redensarten abgepeitelt. Die KPD allein war es, die sich der Interessen der Erwerbslosen mit aller Kraft angenommen hat. Um die belagerte Klasse und die Erwerbslosenorgane unter Druck zu setzen, forderten die Erwerbslosen die engere Verbindung ihres Kampfes mit den Erwerbslosen Arbeitern, größere Aktivität der Gewerkschaften in der Erwerbslosenfrage und schließlich die Abhaltung eines Erwerbslosenkongresses für Sachsen. Wieder lehnten die linken Führer die Beteiligung ab und kämpften in einer Front mit Bürgern, Feiern, Reich und allen Reaktionen gegen den Erwerbslosenkongress. Nur die KPD stand auf hier ist an der Spitze der Ausgebühten.

In Worten müßten die linken Führer vor den Arbeitern die Notwendigkeit der Unterstützung Sowjetrusslands gegenüber den imperialistischen Angriffsplänen zugehen. Aber auch in dieser Frage trübten sie doppelseitige Durchführung. Die Spalten der links-

sozialdemokratischen Presse Sachsens sind angefüllt mit den üblichen antibolschewistischen Verleumdungen. Saups, Dittmann, Bögel, Sachs kämpfen Arm in Arm mit den Renegaten Kordt, Kah, Maslow gegen die Sowjetrepublik. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Arbeiterdelegationen werden von den sächsischen Bezirksleitungen der SPD mit Ausnahmigkeit bedroht. Die Wiederaufnahme Karmats, Bauers in die SPD haben die linken Führer aber ruhig hingenommen.

Kein aufrichtiger Klassenkämpfer kann leugnen, daß der Kongress der Werktätigen ein überaus bedeutende politische Sammelaktion für den Kampf gegen die Koalitionspolitik darstellt. Wer also ernstlich den Kampf gegen die Koalitionspolitik will, der muß mit Freunden eine solche praktische Möglichkeit zur Mobilisierung der breiten Massen begründen und aktiv am Kongress der Werktätigen mitarbeiten. Jeder proletarische Klassenkämpfer muß erkennen, daß die Kerntuppen des Industrieproletariats die werktätigen Massen nur dann zur revolutionären Revolution führen können, wenn sie Verbündete in der Bauernschaft und in den schwanenden Mittelstufen haben. Was tun aber auch hier wieder die linken Führer der SPD? Sie agieren gegen den Kongress der Werktätigen, sie beschimpfen die ehrlichen revolutionären Arbeiter, die sich in den Gewerks-